V-23-032: Gemeinsam für eine gute Daseinsvorsorge für alle: Solidarität mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und der BVG

Antragsteller*innen Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Von Zeile 32 bis 41:

~~Um den steigenden Lebenserhaltungskosten gerecht zu werden, muss es im Öffentlichen Dienst eine Erhöhung der Gehälter um mindestens acht Prozent oder ein monatliches Plus von mindestens 350 Euro geben. Außerdem müssen die Ausbildungsvergütungen und Praktikumsentgelte um 200 Euro monatlich erhöht werden. Wir unterstützen die Forderung nach drei zusätzlichen freien Tagen und einer Reduktion der Arbeitszeit für die Beamt*innen auf 39 Stunden pro Woche. Denn wer hart arbeitet, sollte sich auch erholen können. Zudem sollen Gewerkschaftsmitglieder als Anerkennung für ihre wertvolle demokratische Arbeit einen zusätzlichen freien Tag erhalten. Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen haben eine bezahlte Pause in der Wechselschicht verdient, um die gesundheitliche Belastung zu mindern.~~
Die Gehälter im Berliner öffentlichen Dienst und in den Landesunternehmen müssen den steigenden Lebenserhaltungskosten gerecht werden. Das gilt genauso für die Ausbildungsvergütungen und Praktikumsentgelte. Gerade auch durch die Personalknappheit steigen für alle Beschäftigten die Belastungen. Berlin muss Vorbild sein: da wo das Land Verantwortung trägt, von der BVG bis zu den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, müssen Arbeitsplätze besser und attraktiver werden. Dazu gehören faire Gehälter, gute Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitsouveränität und Entlastung.

Von Zeile 46 bis 49:

Wir Grüne werden im Abgeordnetenhaus einfordern, dass ~~entsprechende Gelder bereitgestellt~~Tarifabschlüsse anerkannt werden, um die berechtigten Forderungen der Beschäftigten nach fairen Arbeitsbedingungen und guter Entlohnung zu ermöglichen. Die angekündigten Kürzungen der ~~Berliner CDU~~Koalition müssen zurückgenommen werden. Denn sie sind nicht nur kurzsichtig, sondern gefährden das Wohl

Begründung
An dieser Stelle sollten wir die Tarifautonomie respektieren, ohne in laufende Auseinandersetzungen einzugreifen. Der Antrag benennt auch nur die Forderungen in der Tarifauseinandersetzung für den öffentlichen Dienst der Beschäftigten von Bund und Kommunen. Landesbeschäftigte werden regelmäßig nach dem Tarifvertrag

der Länder bezahlt; für die Beschäftigten der BVG gilt der Spartentarifvertrag TV-N, mit eigenen Forderungen in den anstehenden Tarifverhandlungen.

Unterstützer*innen

Tonka Wojahn (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), André Schulze (KV Berlin-Neukölln), Ronald Wenke (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Silke Gebel (KV Berlin-Mitte), Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Christiane Fry (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)